

Kleine Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, DIE LINKE und der FDP

**Schülerinnen und Schüler aller Klassen politisiert euch – welche Beiträge der Bremer Exekutive und Legislative hierzu sind möglich?**

„Jugend im Parlament 2018“ (JiP) hat folgende Resolution beschlossen:

„Schüler\*innen aller Klassen politisiert euch!

Forderung:

1. Jugend im Parlament verlangt die Förderung eines nachhaltigen politischen Interesses bei jungen Menschen durch die Schule, um eine freie Meinungsbildung zu gewährleisten.
2. Dies soll durch einen einmal pro Halbjahr stattfindenden Workshop-Tag bewerkstelligt werden. Diese interaktiven Workshops finden mit Beginn der Sekundarstufe 1 bis zum Ende der Schullaufbahn an allen Schulen im Bundesland Bremen statt. Die Workshops sind an allen allgemeinbildenden sowie Berufsschulen verpflichtend.

Problem:

1. In den letzten Jahren lässt sich ein zunehmendes Desinteresse bei jungen Menschen bezüglich der Politik feststellen. Bei der letzten Wahl zur Bremischen Bürgerschaft wurde mit 49 Prozent Nichtwählenden ein neuer Tiefstand bezüglich der Wahlbeteiligung verzeichnet. Vor allem junge Wahlberechtigte machen immer weniger Gebrauch von ihrem Wahlrecht. Auch abseits von diesem Wahlakt sinkt die politische Aktivität bei jungen Menschen.
2. Nur noch wenige von ihnen sind politisch motiviert und engagiert und so leichter zugänglich für populistische Inhalte.

Resolution:

1. Jugend im Parlament fordert, dass vor allem in der Zeit zwischen der fünften und der siebten Klasse der Schwerpunkt auf bestimmten Themen liegt. So sollen die jungen Schüler\*innen spielerisch an die Grundsätze der Demokratie herangeführt werden. Des Weiteren sollen Schüler\*innen durch systematische Beleuchtung anderer Herrschafts- und Regierungsformen an diese herangeführt werden.
2. Ab der achten Klasse soll der Fokus vermehrt auf dem parteipolitischen System liegen. Es sollen Vertreter\*innen aller in Fraktionsstärke in der Bürgerschaft vertretenen Parteien zu gleichen Teilen eingeladen werden, so dass sich die Schüler\*innen kritisch mit ihnen auseinandersetzen können. Eine Möglichkeit diesen

Diskurs umzusetzen, könnte in Form einer Podiumsdiskussion stattfinden, indem die Schüler\*innen die Möglichkeit haben sich durch direkte Fragen an die Politiker\*innen zu wenden.

3. Die Schüler\*innen sollen durch eine möglichst große Diversität an Workshops und Meinungen die Möglichkeit zu einer freien Meinungsbildung bekommen. Die Auswahl der zusätzlichen Gruppierungen und/oder Experten\*innen wird von der Schulleitung und der Schüler\*innenvertretung bestimmt.
4. Jedoch muss darauf geachtet werden, dass die Workshops vorsätzlich als Informationsquelle für die Schüler\*innen dienen und nicht als Werbeveranstaltung fungieren.
5. Die bereits existierenden Juniorwahlen bringen den Schüler\*innen den Vorgang des Wählens näher und machen ihn verständlicher. Deswegen fordert Jugend im Parlament, dass jede Schule den Schüler\*innen ab der Sekundarstufe 1 die Möglichkeit für die Teilnahme ermöglicht.

Durch die hiermit genannten Forderungen sollen die Schüler\*innen im Unterricht und während der Workshops ermutigt und angehalten werden, sich außerhalb der Schule für die Politik zu engagieren.“

Es ist ausgesprochen aner kennenswert, wenn Schülerinnen und Schüler nach einer Verbesserung der politischen Bildung streben und sich Gedanken über ergänzende Elemente zum klassischen Politikunterricht machen und hierzu Vorschläge unterbreiten. Deutlich wurde in der Debatte, dass die Schülerinnen und Schüler insbesondere auch an einem Diskurs und Austausch mit realen politischen Akteuren aus Staat und Zivilgesellschaft während des Schulbetriebs gesteigertes Interesse haben.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Inwieweit hält der Senat die pilotartige Umsetzung der beschriebenen „Workshopidee“ unter Einbeziehung bei Planung und Durchführung der Teilnehmer des JiP-Ausschusses „Gesellschaft/Politik/Staat für realistisch? Wären der 08./09. November als „Schicksalstag der Deutschen“ und „Meilenstein der Demokratiegeschichte“ ein geeigneter Tag für die pilotartige Umsetzung dieses Vorschlags?
2. Welche Regelwerke regeln wie Auftritte von Parteivertretern im Unterricht an Bremer Schulen? Ist in Anbetracht der Neutralitätspflicht eine Lockerung möglich, um dem Wunsch der Teilnehmer und Teilnehmerinnen von JiP 2018 nach Diskurs mit politischen Akteuren in Schulen vermehrt Rechnung tragen zu können? Wäre für die Realisierung eine Vereinbarung der in der Bürgerschaft vertretenen Parteien förderlich?
3. An wie vielen Schulen im Land Bremen werden zur Europa- und Bürgerschaftswahl 2019 Juniorwahlen durchgeführt? Bestehen die organisatorischen Voraussetzungen, um die Juniorwahlen flächendeckend für alle SEK I-Schüler anbieten zu können? Welche Mittel müssten eingesetzt werden, um dieses Ziel erreichen zu können?

4. Welche Maßnahmen, Projekte und Exkursionen bietet der Senat jenseits des klassischen Politikunterrichts an, um im Sinne der Resolution Schülerinnen und Schüler anzuhalten und zu ermutigen sich außerhalb der Schule für Politik zu engagieren?
5. Inwieweit sieht der Senat die Möglichkeit, mehr Zeit für demokratische Mitbestimmung im Klassenverbund zur Verfügung zu stellen?
6. Welche zusätzlichen Ressourcen werden von den Schulen im Land Bremen benötigt, damit im Rahmen der Beschulung in der Sekundarstufe I sichergestellt werden kann, dass alle Schülerinnen und Schüler mindestens einmal eine Plenarsitzung der Bremischen Bürgerschaft besuchen können?

Mustafa Güngör, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sandra Ahrens, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

Nelson Janßen, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Julie Kohlrausch, Lencke Steiner und Fraktion der FDP